



Kurzfassung

Der ungedeckte Bedarf an Verhütungsmitteln ist vielerorts nach wie vor hoch. Am höchsten ist er bei den schutzbedürftigsten Mitgliedern der Gesellschaft: Jugendlichen, Armen, den Bewohnerinnen und Bewohnern ländlicher Gebiete und städtischer Elendsviertel, Menschen, die mit HIV leben, und Binnenvertriebenen. Nach letzten Schätzungen haben 222 Millionen Frauen einen ungedeckten Bedarf an modernen Verhütungsmitteln. Der Bedarf ist dort am größten, wo das Müttersterblichkeitsrisiko am höchsten ist.

Hauptauftrag der Weltgesundheitsorganisation ist es, ihren Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, das Ziel des erreichbaren Höchstmaßes an Gesundheit – einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit – für alle zu verwirklichen. Neben anderen Maßnahmen ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung für die Erreichung dieses Ziels unerlässlich. Es wurde anerkannt, dass dies ohne die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte aller nicht möglich ist.

Internationale und regionale Menschenrechtsverträge sowie nationale Verfassungen und Gesetze bieten Garantien speziell im Hinblick auf den Zugang zu Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung. Darüber hinaus haben internationale, regionale und nationale Rechtsetzungs- und Menschenrechtsorgane in den vergangenen Jahrzehnten Menschenrechte zunehmend auf Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung angewendet. Sie empfehlen unter anderem, dass Staaten einen zeitnahen und erschwinglichen Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen und Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sicherstellen sollten. Diese sollten so bereitgestellt werden, dass eine umfassend informierte Entscheidungsfindung sichergestellt ist, die Würde, die Eigenständigkeit, die Privatsphäre und die Vertraulichkeit geachtet sind, und den Bedarfen und Sichtweisen von Menschen Rechnung getragen wird.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelte die vorliegenden Leitlinien, um den Fortschritt auf dem Weg zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele und -zielvorgaben im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu beschleunigen, und insbesondere um dazu beizutragen, den unerfüllten Bedarf an Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung zu decken. Dabei wurden WHO-Normen für die Entwicklung von Leitlinien befolgt, einschließlich der Ermittlung von kritischen Fragen und Endpunkten, der Evidenzfindung, -beurteilung und -synthese, der Formulierung von Empfehlungen sowie der Planung der Verbreitung, Umsetzung, Wirkungsbewertung und Aktualisierung. Die Empfehlungsentwürfe wurden in einem partizipatorischen und konsensgetragenen Prozess auf der Grundlage von Evidenzprofilen geprüft und überarbeitet von einer Leitlinienentwicklungsgruppe (Guideline Development Group) bestehend aus Mitgliedern eines internationalen Panels für öffentliche Gesundheit sowie aus Menschenrechtsexperten und -expertinnen. Dabei wurden Menschenrechtsnormen und -grundsätze, die direkt oder indirekt auf Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung anwendbar sind, systematisch einbezogen.

Die vorliegenden Leitlinien ergänzen die bestehenden WHO-Empfehlungen für sexuelle und reproduktive Gesundheitsprogramme, einschließlich Leitlinien zur Gesundheit von Müttern und Neugeborenen, zur Sexualerziehung, zu sicherem Schwangerschaftsabbruch und zu Kernkompetenzen im Bereich der medizinischen Grundversorgung.

Ziel des vorliegenden Dokuments ist es, politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, Managerinnen und Managern sowie anderen Akteuren im Gesundheitssektor Leitlinien für einige der vorrangigen Maßnahmen zu geben, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass verschiedene Menschenrechtsdimensionen systematisch und deutlich in die Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung integriert werden.

Gesamtes Dokument auf www.profamilia.de

Originaltitel der WHO: Ensuring human rights in the provision of contraceptive information and services Guidance and recommendations

Zusammenfassung der Empfehlungen

Nichtdiskriminierung bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung	
1.1	Es wird empfohlen, allen Menschen gleichermaßen Zugang zu umfassenden Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung auf freiwilliger Basis und ohne Diskriminierung, Zwang oder Gewalt (das heißt auf der Grundlage individueller Entscheidung) bereitzustellen.
1.2	Es wird empfohlen, dass Gesetze und Politiken Programme unterstützen, die sicherstellen, dass umfassende Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung allen Bevölkerungsgruppen bereitgestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem Zugang benachteiligter und marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu diesen Diensten gewidmet werden.
Verfügbarkeit von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung	
2.1	Es wird empfohlen, Empfängnisverhütungsmittel und -zubehör, die ein breites Spektrum von Methoden abdecken, einschließlich der Notfallverhütung, in die Versorgungskette der unentbehrlichen Arzneimittel zu integrieren, um die Verfügbarkeit zu erhöhen. Es wird ferner empfohlen, gegebenenfalls in die Stärkung der Versorgungskette zu investieren, um dazu beizutragen, die Verfügbarkeit sicherzustellen.
Zugänglichkeit von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung	
3.1	Es wird empfohlen, wissenschaftlich fundierte und umfassende schulische und außerschulische Sexualaufklärungsprogramme bereitzustellen, die auch Informationen über die Verwendung und Beschaffung von Verhütungsmitteln umfassen.
3.2	Es wird empfohlen, finanzielle Hindernisse für die Verwendung von Verhütungsmitteln durch marginalisierte Bevölkerungsgruppen, einschließlich Jugendlicher und Armen, zu beseitigen und Verhütungsmittel für alle erschwinglich zu machen.
3.3	Es wird empfohlen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu umfassenden Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung für Nutzer und Nutzerinnen und potenzielle Nutzer und Nutzerinnen zu verbessern, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Diensten haben (zum Beispiel ländliche Bewohnerinnen und Bewohner, städtische Arme, Jugendliche). Informationen über den sicheren Schwangerschaftsabbruch sowie Dienste, die sichere Schwangerschaftsabbrüche anbieten, sollten gemäß den bestehenden WHO-Leitlinien (<i>Safe Abortion: Technical and Policy Guidance for Health Systems</i> , 2. Auflage) bereitgestellt werden.
3.4	Es wird empfohlen, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um vertriebenen Personen, Menschen in Krisenregionen und Überlebenden sexueller Gewalt, die insbesondere Zugang zu Notfallverhütung benötigen, Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung bereitzustellen.
3.5	Es wird empfohlen, empfängnisverhütungsbezogene Informationen und Dienste, als Bestandteil von Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, im Rahmen der im Gesundheitsversorgungsetting bereitgestellten HIV-Testung, -Behandlung und -Betreuung anzubieten.
3.6	Es wird empfohlen, umfassende Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung im Rahmen der pränatalen und postnatalen Versorgung bereitzustellen.
3.7	Es wird empfohlen, umfassende Informationen und Dienste im Bereich der Empfängnisverhütung routinemäßig in die Versorgung und Nachsorge beim Schwangerschaftsabbruch zu integrieren.
3.8	Es wird empfohlen, mobile aufsuchende Dienste zu nutzen, um den Zugang zu Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung für Bevölkerungsgruppen zu verbessern, die mit geografischen Zugangshindernissen zu kämpfen haben.
3.9	Es wird empfohlen, Erfordernisse der Zustimmung Dritter, einschließlich des Ehegatten, zum Zugang von Personen/Frauen zu Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung und verwandter Themen abzuschaffen.



Zusammenfassung der Empfehlungen

3.10	Es wird empfohlen, Dienste für Jugendliche im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, einschließlich Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung, ohne das zwingende Erfordernis der Benachrichtigung/Zustimmung der Eltern oder des Vormunds bereitzustellen, um dem Bedarf von Jugendlichen an Aufklärung und Diensten gerecht zu werden.
Akzeptanz von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung	
4.1	Es wird empfohlen, gendersensible Beratung und Aufklärungsmaßnahmen zum Thema Familienplanung und Verhütungsmittel bereitzustellen, die auf präzisen Informationen beruhen, die Entwicklung von Kompetenzen (das heißt Kommunikation und Verhandlung) umfassen und auf die konkreten Bedarfe von Gemeinschaften und Individuen zugeschnitten sind.
4.2	Es wird empfohlen, die nachsorgende Beratung über den Umgang mit Nebenwirkungen von Verhütungsmitteln als unerlässlichen Bestandteil der Bereitstellung von Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung zu priorisieren. Angemessene Verweise auf Methoden, die vor Ort nicht verfügbar sind, sollten bereitgestellt werden und verfügbar sein.
Qualität von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung	
5.1	Es wird empfohlen, Qualitätssicherungsprozesse, einschließlich medizinischer Versorgungsstandards und Rückmeldungen von Klientinnen und Klienten, routinemäßig in Empfängnisverhütungsprogramme zu integrieren.
5.2	Es wird empfohlen, dass die Bereitstellung reversibler Langzeitverhütungsmethoden (LARC) auch das Einsetzen und das Entfernen [der Verhütungsmittel] sowie Beratung über Nebenwirkungen umfassen sollte; diese Dienste sollten am selben Ort bereitgestellt werden.
5.3	Es wird empfohlen, Gesundheitspersonal fortlaufend kompetenzorientierte Fortbildungen und Supervision bezüglich der Bereitstellung von Aufklärung, Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung anzubieten. Kompetenzorientierte Fortbildungen sollten gemäß bestehenden WHO-Leitlinien bereitgestellt werden.
Informierte Entscheidungsfindung	
6.1	Es wird empfohlen, evidenzbasierte, umfassende Informationen, Aufklärung und Beratung bereitzustellen, um sicherzustellen, dass Menschen informierte Entscheidungen treffen können.
6.2	Es wird empfohlen, sicherzustellen, dass alle Menschen ohne Diskriminierung die Möglichkeit erhalten, informierte Entscheidungen über die eigene Anwendung moderner Empfängnisverhütung zu treffen (einschließlich einer Reihe von Notfall-, Kurzzeit-, Langzeit- und permanenten Methoden).
Privatsphäre und Vertraulichkeit	
7.1	Es wird empfohlen, bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung die Privatsphäre von Menschen, einschließlich der Vertraulichkeit von medizinischen und anderen personenbezogenen Informationen, stets zu achten.
Teilhabe	
8.1	Es wird empfohlen, Gemeinschaften, insbesondere direkt betroffenen Menschen, die Möglichkeit zu geben, sich sinnvoll an allen Aspekten der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von Empfängnisverhütungsprogrammen und -politiken zu beteiligen.

Zusammenfassung der Empfehlungen

Rechenschaftspflicht	
9.1	Es wird empfohlen, dass wirksame Mechanismen der Rechenschaftspflicht bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung vorliegen und zugänglich sein sollten. Dazu gehören Überwachungs- und Evaluationsmechanismen sowie Rechtsmittel und Abhilfe auf Individual- und Systemebene.
9.2	<p>Es wird empfohlen, alle Programme zu überwachen und zu evaluieren, um die höchste Qualität der Dienste und die Achtung der Menschenrechte sicherzustellen.</p> <p>Es wird empfohlen, dass in Settings, in denen leistungsbasierte Finanzierung (performance-based financing, PBF) stattfindet, ein System der Kontrolle und Überwachung vorhanden sein sollte, einschließlich der Zusicherung, dass kein Zwang ausgeübt wird und dass die Menschenrechte geschützt werden. Wenn PBF stattfindet, sollte Forschung durchgeführt werden, um ihre Wirksamkeit und ihre Auswirkungen auf Klientinnen und Klienten im Hinblick auf die Erhöhung der Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu evaluieren.</p>